

Bundesrat besiegelt Energiewende

Umweltminister Röttgen sieht einen großen Tag für Deutschland. Atomkraft wird beendet, erneuerbare Energien werden ausgebaut

ROMAN HEFLIK

HAMBURG :: Es war die Stunde des Norbert Röttgen: Noch vor einem Jahr war der Bundesumweltminister in seiner eigenen Unionsfraktion mit der Forderung gescheitert, möglichst schnell aus der Kernkraftnutzung aussteigen. Dessen nicht genug, verlängerte Schwarz-Gelb die Laufzeiten im Herbst 2010 sogar noch. Doch an diesem Freitagmittag erlebte Röttgen im Bundesrat mit, wie die Schmach von damals endgültig getilgt wurde: Die Länderkammer billigte das Energiewende-Paket der Bundesregierung.

Vier Monate nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima ist damit für Deutschland der stufenweise Atomausstieg bis 2022 beschlossene Sache. Beschlossen ist auch das sofortige Aus für acht ältere, beziehungsweise punktenanfällige Atomkraftwerke, darunter der schleswig-holsteinische Meiler Krümmel. Bis September soll nun die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines dieser acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die stillgelegten Meiler sollen zurückgebaut werden. Der Bundestag hatte dem Paket zur Energiewende bereits zugestimmt.

Gesetz zur Gebäudesanierung muss neu verhandelt werden

Die Länder billigten auch den Plan der Regierung, Gorleben als Atomüll-Endlager weiter zu erkunden. Zugleich soll die Regierung bis Ende des Jahres einen Gesetzentwurf für eine Endlagerstätte vorlegen, bei der auch Lageroperationen in allen anderen Bundesländern geprüft werden können.

Bis zuletzt hatte Röttgen um die Zustimmung der Länder für das Maßnahmenbündel geworben. Bundesrat, Bund und Länder trafen gemeinsam „eine wirklich grundsätzliche positive Weichenstellung“ in der Energiepolitik, sagte Röttgen. Wenn Deutschland als großes Industrieland die Wende hin zu einer Versorgung mit erneuerbaren Energien schaffe, habe dies eine große internationale Strahlkraft, betonte der Minister. Sein Kollege, Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), sagte, die Wende sei solide durchgeplant und werde die Versorgungssicherheit garantieren. Neben dem Ausbau der Ökoenergien seien bis 2020 Kraftwerksbauten mit einer Kapazität von 23 Gigawatt geplant. „Neue Kraftwerke werden in der Tat auch fossile Kraftwerke sein“, kündigte Rösler an. Eine große Herausforderung sei der notwendige Netzausbau, der durch ein eigenes Gesetz nun beschleunigt werden soll.

Schon vor der Abstimmung gab sich Röttgen angesichts der breiten Zustimmung zum Atomausstieg zuversichtlich: „Dies ist ein guter Tag“, sagte der CDU-Politiker. „Anstelle von Streit tritt Konsens.“ Ein komplettes Scheitern in der Länderkammer müsste der Minister nicht mehr fürchten: Sieben der insgesamt acht Gesetze bedürften nicht der Zustimmung des Bundesrats. Dennoch hätten die Landesvertreter das Energiepaket verzögern können, indem



Bundesumweltminister Norbert Röttgen während der Bundesratsitzung zum Atomausstieg. Nach dem Bundestag segneten auch die Länder die Energiewende ab. Foto: dpa

sie es in den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zurückverwiesen hätten. Dafür hatte kurz zuvor Eveline Lemke, die grüne Wirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz, plädiert. Die geplanten Maßnahmen rund um den Atomausstieg seien unzureichend für die gewollte Energiewende, kritisierte Lemke.

Der heutige Tag ist eine positive Weichenstellung für unser Land. Norbert Röttgen, Bundesumweltminister

Doch die Länder verzichteten auf weitere Verhandlungsrunden. Sie ließen alle Gesetze passieren – bis auf eine Ausnahme. Sie stoppten vorerst ein Gesetz, das eine erleichterte Abschreibung von Kosten für energetische Gebäudesanierungen ermöglichen sollte. Die Länder befürchteten, dass ihnen dadurch Steuerausfälle in Höhe von bis zu 1,5 Milliarden Euro über mehrere Jahre entstehen könnten. Nun muss sich voraussichtlich der Vermittlungsausschuss um eine Lösung bemühen.

Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz begrüßte den beschlossenen Atomausstieg. Allerdings halte er die Energiewende-Gesetze der Bundesregierung für nicht ausreichend und wünsche sich Nachbesserungen. „Ich hätte mir schon jetzt weitere Fortschritte gewünscht“, sagte Scholz. So müsse für die energetische Gebäudesanierung mindestens ein Betrag von rund zwei

Milliarden Euro pro Jahr bereitgestellt werden, wie es zu Zeiten der Großen Koalition bereits der Fall gewesen sei. Scholz forderte, dass die Kostenbelastung für Industriebetriebe nicht in die Höhe getrieben werden dürften.

Genau das fürchtete jedoch der Industrieverband Hamburg (IVH), der mit deutlich höheren Stromkosten durch den Atomausstieg rechnet. „Wir erwarten für den Großteil der Industrieunternehmen und für die privaten Haushalte einen Preisanstieg von fünf Cent je Kilowattstunde“, sagte der IVH-Vorsitzende Hans-Theodor Kutsch am Freitag. Für ein durchschnittliches Industrieunternehmen mit einem Jahresverbrauch von 500 Megawattstunden bedeute dies Mehrkosten in Höhe von 2,5 Millionen Euro. „Ohne Kompensation dieses Preisanstiegs droht eine Verdrängung der Industrie an unserem Standort“, sagte Kutsch.

Der Präsident des Bundesverbandes der Erneuerbaren Energien, Dietmar Schütz, sagte dem Abendblatt, das Energiewende-Paket sei „ein wesentlicher Schritt“ für den Umbau der Energieversorgung. „Für eine echte Beschleunigung beim Ausbau der erneuerbaren Energien reicht es allerdings nicht aus.“ Wichtige Verbesserungsvorschläge der Bundesländer – wie eine bessere Vergütungsstruktur für die Windenergie im Binnenland oder passende Vermarktungsmöglichkeiten für Ökostrom – seien nicht mehr in die Gesetze aufgenommen worden. „Die notwendigen Anpassungen müssen jetzt zügig angegangen werden, damit Private, Unternehmen und die öffentliche Hand noch stärker in erneuerbare Energien investieren“, forderte Schütz.

Zentrale Punkte des Energiewende-Pakets

- Enddatum:** Das letzte deutsche AKW Neckarwestheim 2 soll Ende 2022 vom Netz gehen. Abgeschaltete Altmeyer bleiben vom Netz.
- Gebäudesanierung:** Dämmung und Modernisierung von Gebäuden sollen steuerlich besser abgeschrieben werden können.
- Entlastung:** Energieintensive Unternehmen sollen bei dem CO₂-Zertifikatshandel mit Ausgleichszahlungen entlastet werden.
- Ökostrom:** Gesetzliches Ziel ist die Verdoppelung des Ökostrom-Anteils auf 35 Prozent bis 2020. Die Konditionen für Windparks auf hoher See werden verbessert.
- Netze:** Der Ausbau von Hochspannungsleitungen soll beschleunigt werden. (HA)

ANZEIGE

Kunden Extra

KAUFMANNSHAUS

Schöner. Größer. Attraktiver.

Bis Oktober wird eine der beliebtesten Passagen Hamburgs elegant modernisiert

Bei weiterhin geöffneten Passagengeschäften wird das historische Kaufmannshaus, einer der Perlen der Hamburger City, ab kommenden Woche für seine Besucher und Gäste umfassend modernisiert. In dieser Zeit bleiben die selbstverständlich weiterhin geöffneten Passagengeschäfte von der Bleichenbrücke aus und über die Brücke, die vom Neuen Wall über den Fleet führt, gut für alle Hamburger erreichbar.

Einkaufswelt mit mehr als 20 ausgewählten Ladengeschäften.

Schon bald wird sich das Kaufmannshaus noch attraktiver präsentieren, denn es wird derzeit modernisiert und revitalisiert. Noch bis einschließlich Oktober laufen die Modernisierungsarbeiten, dann wird die Passage in frischem Glanz erstrahlen. Ihren Charme und ihren Stil wird sie jedoch nicht verlieren, denn es geht in erster Linie darum, die Ladenflächen zu modernisieren und für einen Besuch noch reizvoller zu machen.

Während der Modernisierungsphase bleibt der Eingang an den Großen Bleichen zwar geschlossen, die Passagengeschäfte wie das Stoffkontor, das Handelshaus Laegel, Mäntel Stolpmann und TopUs sind aber in den kommenden Wochen selbstverständlich von der Bleichenbrücke aus oder über die Fleetbrücke erreichbar und freuen sich auf ihre Kunden.

Deutsche Bahn lehnt weitere Gutachten zu Stuttgart 21 ab

Präsentation des Stresstests muss verschoben werden

STUTTGART :: Nach dem Hickhack um vorläufige Ergebnisse beim Stresstest zum Bahnhofprojekt Stuttgart 21 wurde die Präsentation der Ergebnisse jetzt um mehrere Wochen verschoben. Der offizielle Grund sind Verzögerungen bei der Schweizer Verkehrsberufungsfirma SMA. Sie sollte im Auftrag des Schlüchters Heiner Geißler untersuchen, ob der geplante unterirdische Bahnhof in Spitzenzeiten tatsächlich so viele Züge und Fahrgäste bewältigen kann, wie die Bahn das in ihren Berechnungen für das Milliardenprojekt vorhersagt. Die Ergebnisse des Stresstests sollten am Donnerstag kommender Woche präsentiert werden. Nun wird das heikle Gutachten erst Ende Juli oder Anfang August vorliegen.

Das heikle Gutachten wird nun frühestens Ende Juli vorliegen

Nach den Worten von Schlüchter Geißler ist die Deutsche Bahn zu weiteren Kompromissen bereit und verschiebt die Vergabe wichtiger Bauaufträge. Die Bahn will jedoch keine weiteren Gutachten zulassen. DB-Vorstand Volker Kefer sagte, alle am Schlichtungsprozess Beteiligten hätten sich auf die Schweizer Beratungsfirma geeinigt. Kefer lehnte eine Forderung nach einem weiteren Aufschub der Stresstest-

Ergebnisse ab. Die Bahngegner hatten die Forderung erhoben, um selbst genauer prüfen zu können.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat positiv auf die Zeitverzögerung bei der Verkündung der Stresstest-Ergebnisse reagiert. „Ich kann nur begrüßen, wenn Seriosität vor Zeitdruck geht“, sagte er der Nachrichtenagentur ddpd. Zugleich bekräftigte Kretschmann die Forderung seiner Regierung nach einem Baustopp des Bahnhofprojekts. „Das erwarten wir von der Bahn.“

Die Bahngegner bezweifeln die bahinterne Fahrplannsimulation für den geplanten Tiefbahnhof. Nach Angaben der Bahn können dort 49 Züge pro Stunde in Spitzenzeiten abgefertigt werden. Damit läge die Leistungsfähigkeit um 30 Prozent über der festgelegten Kapazität des bisher bestehenden Kopfbahnhofs. (HA)



Heiner Geißler verschiebt die Stresstest-Präsentation. Foto: dpa

Drei Bundesländer fordern genormten Schulabschluss

BERLIN :: Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern wollen das Durcheinander im deutschen Bildungssystem beseitigen und die Schulabschlüsse per Staatsvertrag angleichen. Die Kultusminister der drei Länder – Ludwig Spaenle (CSU), Roland Wöller und Henry Tesch (beide CDU) – stellten am Freitag in Berlin ihre Pläne vor. Danach sollen die Schulen beim Abitur und der mittleren Reife in bestimmten Fächern Aufgaben aus einem gemeinsamen Pool stellen und damit für mehr Vergleichbarkeit der Abschlüsse sorgen. Die Länder, die in Deutschland für die Bildungspolitik zuständig sind, sollen dies vertraglich festschreiben.

Sieben Länder arbeiten bereits an einer Angleichung der Abiturprüfungen in Deutsch, Mathematik und Englisch. Mit dabei sind neben Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern auch Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Es sind also sowohl Unions- als auch SPD-geführte Länder und der von den Grünen regierte Südstwesten beteiligt. Schleswig-Holstein erwägt laut Spaenle, sich anzuschließen. Im Schuljahr 2013/2014 sollen die ersten genormten Prüfungen kommen. Ein Staatsvertrag wird aber von den meisten Bundesländern abgelehnt. (HA)